



DAS PATRIOTISCHE SIGNAL AUS KÄRNTEN

Mitteilungsblatt des Kärntner Heimatdienstes

Österreichische Post-AG
Sponsoring Post

Nr. 88 – Dezember 2009

GZ02Z032719 S
Verlagspostamt 9020 Klagenfurt

2010: KHD startet breite Informationskampagne

Im gemischtsprachigen Gebiet herrscht ein großes Informationsdefizit. Kaum jemand weiß, worum es in der strittigen Ortstafelfrage wirklich geht. Hier ist der Heimatdienst gefordert, verstärkt in den Südkärntner Dörfern aufklärend und vertrauensbildend zu wirken.

In einer Großoffensive wird der KHD in allen Südkärntner Gemeinden gegen Informationsdefizit und Panikmache auftreten. Dabei wird der KHD auch vertrauensbildend auftreten und den Menschen den Weg der Verständigung, ohne nationale Selbstaufgabe, als den einzigen Zukunftsweg näher bringen.

Parallel dazu sollen die Menschen offen alle Probleme aufzeigen, die sich aus dem Zusammenleben der Deutsch- und Slowenischkärntner ergeben.

90-Jahr-Jubiläum Kärntner Volksabstimmung

Gemeinsam in die Zukunft

Es gibt keinen besseren Weg, als den Weg der Verständigung ohne kulturelle Selbstaufgabe



Sie sind die Zukunft für ein gemeinsames Kärnten

Geht es nach dem Willen von Landeshauptmann Gerhard Dörfler, dann wird nur der Kärntner Abwehrkämpferbund und nicht auch der Kärntner Heimatdienst im Festkomitee zur Vorbereitung der Landesfeiern 2010 aus Anlass des 90-Jahr-Jubiläums der Kärntner Volksabstimmung vertreten sein.

Damit hat sich Dörfler für einen Verein entschieden, dessen Obmann zu keiner Verständigung mit der slowenischen Volksgruppe bereit ist.

gleichzeitig spricht sich Dörfler gegen den Kärntner Heimatdienst aus, der für Versöhnung und Verständigung zwischen Deutsch- und Slowenischkärntnern eintritt.

Als Organisation, deren Engagement für Frieden und Verständigung im Rahmen der Kärntner Konsensgruppe inzwischen mit Prä-

sen auf Kärntner, österreichischer und europäischer Ebene gewürdigt wurde und als der Traditionsverband der Kärntner Volksabstimmung, nimmt der KHD den Ausschluss von der Mitgestaltung der Jubiläumsveranstaltungen nicht zur Kenntnis und wird alles daran setzen, um diesem Gedenken eine versöhnliche und zukunftsorientierte Note zu geben.

Dr. Josef Feldner

Nicht abseits stehen, mit uns gehen!

Setzen Sie ein Zeichen und unterschreiben jetzt auch Sie, wie schon Tausende vor Ihnen, mit Ihrer ganzen Familie, mit Freunden und Bekannten die beiliegende

UNTERSTÜTZUNGSERKLÄRUNG

Jede Unterschrift zählt und macht uns stärker! Ich bitte darum!





Österreichischer Verfassungspreis für Konsensgruppe

Nach der internationalen Würdigung der Arbeit der Kärntner Konsensgruppe mit dem Europäischen Bürgerpreis des Europaparlaments und dem Kulturpreis der Stadt Villach, wurde der Konsensgruppe im Rahmen eines Festaktes in Wien für ihr „herausragendes rechtsstaatliches Verhalten und besondere Verfassungstreue“ der Österreichische Verfassungspreis verliehen.

Das „Forum Verfassung“

Das Forum Verfassung hat sich anlässlich des Österreich-Konvents zur Verfassungsreform gegründet. Es hat sich zum Ziel gesetzt, über die Bedeutung der Verfassung und der Wichtigkeit des Schutzes der Verfassung zu informieren. Leitspruch dieser bedeutenden Einrichtung ist:

„Im Namen der Toleranz sollten wir das Recht beanspruchen, die Intoleranz nicht zu tolerieren.“

Im überparteilichen Forum Verfassung ist das Land Niederösterreich und die Stadt Wien genauso vertreten wie verschiedene Banken und Versicherungen, Industrieunternehmen, der

Rechtsanwaltskammertag oder die Notariatskammer. Mitglieder sind auch der österreichische Richter am EuGH, Peter Jann, und der Ex-VfGH-Präsident Ludwig Adamovich.

Das Forum verleiht alle zwei Jahre den Österreichischen Verfassungspreis. Die Verleihung des Verfassungspreises 2009 an die Kärntner Konsensgruppe erfolgte einstimmig durch eine fünfköpfige Jury mit dem VfGH-Präsidenten a. D. Karl Korinek an der Spitze.

Der Präsident der Österreichischen Notariatskammer, Georg Weißmann, konnte beim Festakt in der Sky Conference der RZB in Wien zahlreiche hochrangige Persönlichkeiten aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens begrüßen, allen voran Bundeskanzler a. D. Wolfgang Schüssel,

der im Jahr 2005 Vertreter von Heimat- und Slowenenverbänden, die spätere Konsensgruppe, mit der Erarbeitung eines Kompromissvorschlags beauftragt hatte.



Altkanzler Schüssel mit Vizekanzler a.D. Wilhelm Molterer.



VfGH-Präsident a. D. Karl Korinek bei seiner Festrede.

Korinek: Rechtsstaat wird missachtet

In seiner Festrede warnte der Vorsitzende des Forum Verfassung, Karl Korinek, vor einer „Krise des Rechtsbewusstseins“ und „Missachtung des Rechtsstaates durch parteipolitische Interessen in Österreich.“

Eine „Atmosphäre allgemeiner Geringschätzung der Einhaltung rechtlicher Vorschriften“ würde eine solche Entwicklung ermöglichen.

Heftige Kritik richtete der Festredner sodann an Kärnten in bezug auf die Ortstafelfrage:

„Der Rechtsstaat wird dort bewusst und zielgerichtet missachtet, um parteipolitischen Gewinn zu holen.“ Dabei wäre es einfach den Vorschlag der Konsensgruppe „in rechtlich sauberer Weise durch Gesetz“ umzusetzen.

Charles Ritterband: „Konsensgruppe ist eines der erstaunlichsten Phänomene“

Der renommierte Österreich-Korrespondent



Charles Ritterband, Österreich-Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“.

der „Neuen Zürcher Zeitung“, Charles Ritterband, bezeichnete in seiner Laudatio, in der er sich auch mit Krisen in anderen Regionen auseinandersetzte, die Mitglieder der Konsensgruppe als einst erbitterte Gegner, die über den eigenen Schatten gesprungen seien. Die Kärntner Konsensgruppe sei „eines der erstaunlichsten Phänomene der letzten Jahre.“

„Beide Seiten haben sich – mit Blick auf die weite Welt jenseits der Karawanken – aus dem Gefängnis des eigenen Denkens, der eigenen Vorurteile, selbst befreit. Das ist eine bemerkenswerte, vorbildliche Leistung.“

Sie haben einen beachtlichen Lern- und Wandlungsprozess hinter sich gebracht. Beide Seiten haben gelernt, mit den Augen des jeweils Anderen zu sehen und mit dem Herzen des Anderen zu fühlen.

Bei dem Dialog zwischen den Volksgruppen kann und darf es, wie Josef Feldner und Marjan Sturm in ihrem gemeinsamen Buch unter dem Titel „Kärnten neu denken“ feststellen, keinen Sieger und keinen Besiegten geben.“

Auch die „Väter“ der beiden, dem Verfassungspreis vorangegangenen Preise waren beim Festakt anwesend

Bürgermeister Helmut Manzenreiter, der im Oktober der Konsensgruppe den „Kulturpreis der Stadt Villach“ zuerkannte und EU-Abg. a. D. Wolfgang Bulfon, der Initiator des Europäischen Bürgerpreises des Europaparlaments waren beim Festakt anwesend und freuten sich mit



Manzenreiter, Bulfon und Karner (von links nach rechts).

den Geehrten über die Verleihung des Verfassungspreises. Neben Manzenreiter und Bulfon waren mit dem Zweiten Landtagspräsidenten Rudolf Schober und der Bundesrätin Ana Blatnik zwei weitere politische Repräsentanten aus Kärnten beim Festakt vertreten.

Dankadressen der Preisträger

In Dankadressen an die Repräsentanten des Forum Verfassung erklärten Josef Feldner, Bernard Sadovnik, Heinz Stritzl, Marjan Sturm und Moderator Stefan Karner übereinstimmend, dass die hohe Auszeichnung ein weiterer Ansporn sei, in der Friedens- und Verständigungsarbeit nicht zu erlahmen.

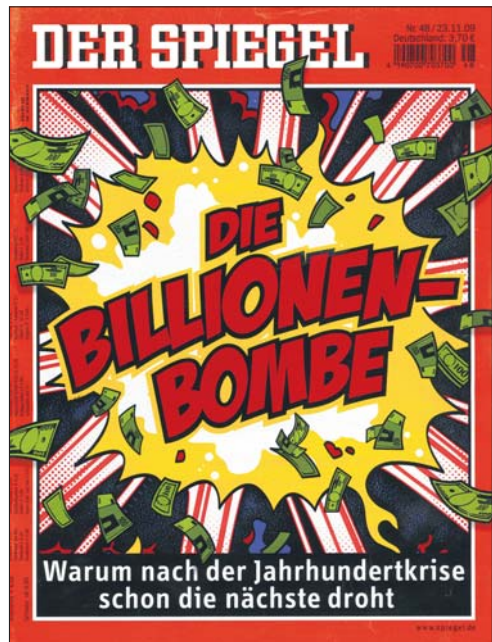


Josef Feldner fordert alle Parteien auf, jede Verständigungsarbeit zu unterstützen.

Aus der Finanz- und Wirtschaftskrise nichts gelernt:

Die alte Gier ist wieder da

Die in diesem Blatt im Beitrag „Die grenzenlose Gier“ (April 2009) zum Ausdruck gebrachte Hoffnung, die Menschheit werde aus der Jahrhundertkrise lernen, scheint sich nicht zu erfüllen.



Obwohl die katastrophalen Auswirkungen der „Billionen-Bombe“ („Der Spiegel“) noch lange nicht überwunden sind und die Großbanken nur dank massiver staatlicher Hilfe vor einem Megacrash bewahrt werden konnten, lebt das Geschäft mit dubiosen Hochrisikopapieren wieder auf und damit wächst auch wieder die Gier der Investmentbanker.

An den Finanzmärkten hat sich neuerlich eine Spekulationsblase gebildet, die zwangsläufig irgendwann wieder platzen muss.

Aber das schert die Berufsspekulanten wenig. Warum denn auch? Solange die Pleitiers der aktuellen Krise auch bei Milliardenverlusten nicht zur Verantwortung gezogen werden und ungeschoren bleiben, solange werden sie auch in Zukunft ohne jedes persönliches Risiko ihre dubiosen Geschäfte treiben.

Mit staatlichen Billionen wird wieder gezockt, gefeiert und klotzig verdient

Unter dem Titel „Wahnsinn 2.0“ schreckt das deutsche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ seine Leser mit neuen Hiobsbotschaften.

Mit den Billionen, die Notenbanken und Regierungen in aller Welt in die Märkte pumpen, um die Folgen der Exzesse der Weltwirtschaft zu lindern, wird wie eh und je mit Hochrisikopapieren gehandelt, werden bereits wieder Milliarden Gewinne bejubelt und Boni in sa-

genhafter Höhe kassiert. „Die alte Gier ist wieder da, so als wäre nichts gewesen“, klagt „Der Spiegel“. Die Milliardenpleitiers tauchen wieder auf, wie der Phönix aus der Asche.

Als ein Beispiel von vielen nennt Der Spiegel den Berufsspekulanten John Costas, der als Investmentbanker für die Schweizer Großbank UBS tätig war und der mit Risikopapieren, die sich in Giftpapiere verwandelten, 350 Millionen Dollar verreckte. Costas verlor seinen Job, ohne dass weitere Konsequenzen gezogen wurden.

Nur wenige Monate später ist er bereits wieder an der New Yorker Wall Street mit 70 Mitarbeitern tätig und prahlt damit, dass es ihm noch nie besser gegangen sei.

Kein Risiko. Wenn es schief läuft, zahlt der Staat

Was kümmert die Zocker die dramatisch ansteigende Arbeitslosigkeit – in Amerika verlieren Monat für Monat 300.000 Leute ihren Job – wenn es für die Berufsspekulanten schief läuft, soll wieder der Staat zahlen. Die Banken hätten keinen Grund sich zu schämen, sagte kürzlich der Vizechef von Goldman Sachs, Lord Griffiths. Es sei keineswegs unmoralisch, hohe Bonuszahlungen an die „Besten der Besten“ auszusütten. Der Mann weiß wovon er spricht:

Trotz der sich schon abzeichnenden Katastrophe bedankte sich die Investmentbank Goldman Sachs 2007 bei ihren Mitarbeitern mit 18 Milliarden Boni, 623.000 Dollar im Schnitt, von denen Chef Lloyd Blankfein allein 68 Millionen kassierte, was – wie „manager magazin“ berichtete – einen Stundenlohn von 18.819 Dollar ergab.

Sogar Barack Obama beißt sich die Zähne aus

Die vollmundigen Ankündigungen der Staats- und Regierungschefs der großen Industrienationen, man werde der Gier ein Ende bereiten, scheinen zu verpuffen, schon bevor erste Schritte gesetzt wurden.

Nicht einmal dem US-Präsident Barack Obama ist es bisher gelungen eine Wende im Denken der Finanzhaie herbeizuführen.

Dabei hatte er in der Federal Hall im Zentrum der Wall Street einen eindringlichen Appell an die Finanzwelt gerichtet:

„Wir werden nicht zu jenen Tagen rück-sichtslosen Verhaltens und unkontrollierter Ex-

zesse zurückkehren. Zu jenen Tagen, an denen viele bloß auf schnelle Beute und aufgeblähte Boni aus waren.“

Deshalb brauchen wir strenge Regeln. Das alte Verhalten, das zur Krise geführt hat, darf keinen Bestand haben. Wir dürfen der Geschichte nicht erlauben, dass sie sich wiederholt.“

Inzwischen sind einige Monate vergangen. Auf Obamas hoffnungsfrohe Worte sind bisher noch keine Taten gefolgt, auch wenn er Anfang November in Tokio nachlegte:

„Wir dürfen nicht zurückkehren zum alten Wirtschaftszyklus, in dem immer wieder neue Spekulationsblasen entstehen und platzen.“

Auch der neue deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble scheint gegen die Wand zu reden, wenn er im Bundestag davor warnt:

„Das ‚Risiko‘ jetzt die Basis für künftige Blasenbildung auf den Finanzmärkten zu legen, dürfen wir nicht aus den Augen verlieren.“

Resignierend stellt dazu „Der Spiegel“ fest: „Es spricht wenig dafür, dass sich die Regierungen auf neue strenge Regeln für die Finanzwirtschaft verständigen. Und wenn sie es eines Tages doch schaffen, könnte es bereits zu spät sein.“

Denn die Geschichte ist schon dabei, sich zu wiederholen. Wieder gibt es zu viel billiges Geld. wieder gehen zu viele Leute viel zu hohe Risiken ein, wieder bildet sich eine Blase, die, wenn sie eines Tages platzt, die Weltwirtschaft zum Absturz bringen kann.“

Wieder bläht sich eine Scheinwelt auf, die mit der realen Welt nichts zu tun hat

Die Spekulationsblase nimmt abermals rasant an Größe zu, die Risiken werden wieder in die Höhe getrieben, die Aktienkurse, die sich von der Wirklichkeit abgekoppelt haben, schießen in die Höhe und damit auch der amerikanische Aktienindex Dow Jones Industrial.

Parallel dazu steigen die Rohstoffpreise und auch schon wieder die Immobilienpreise. Experten schätzen, dass in den nächsten Monaten wieder 600 Milliarden Dollar in die Finanzmärkte fließen werden.

Mit den Rettungsbillionen der Staaten konnte zwar die Wirtschaft wieder Tritt fassen, doch noch schneller haben sich die Spekulantenerholt. Nie zuvor in der modernen Wirtschaftsgeschichte hatte die Finanzindustrie einen der-

art ungehinderten Zugriff auf die Staatsfinanzen. So billig war Schuldenmachen und Spekulieren noch nie.

Das treibt allein in den USA 1100 Banken dazu, wieder mit Derivaten, mit Scheingeld, zu handeln. Exotische Finanzprodukte erwachen wieder zum Leben, Produkte, die noch komplexer und noch undurchsichtiger sind, als ihre Vorgänger.

Spekulationsgeschäfte explodieren auf das 20fache gegenüber dem realen Handelsvolumen

Es wird gewarnt, wohl wieder ohne Erfolg. In dieser Situation kam kürzlich der Chef der britischen Finanzaufsicht, Adair Turner, nach Washington, um der Obama-Regierung das gefährliche Ausmaß des Casino-Kapitalismus vor Augen zu führen und belegt dies eindrucksvoll mit Zahlen:

„In den siebziger Jahren war der Wert aller Währungsgeschäfte und aller Auslandsinvestitionen doppelt so groß wie der Wert des realen Handelsvolumens. Heute übertrifft die Wäh-

rungsspekulation den Handel um das 20fache!“

Dennoch zeigt sich nirgendwo ein Gegenentwurf zum „Casino-Kapitalismus“. Im Gegenteil: Die asiatische Wirtschaftssupermacht China zeigt sich derzeit als Musterschüler der Amerikaner, hungrig nach Risiko.

Arbeitslosigkeit explodiert: Die Leidtragenden sind wieder einmal die Kleinen

Während die Banken dank der staatlichen Milliardenhilfe wieder satte Gewinne schreiben und wieder Boni in Millionenhöhe an ihre Investmentbanker, die für Verluste nie zur Verantwortung gezogen worden waren, ausschütten, müssen die, die ehrlich arbeiten, offenkundig die Krise allein ausbaden. Die Arbeitslosigkeit steigt stark an, auch in Österreich. Im August waren um 30% mehr Arbeitslose als vor einem Jahr. Tendenz stark steigend. Einer jüngsten OECD-Studie zufolge werden im Jahr 2011 rund 50% mehr Menschen in Österreich arbeitslos sein als vor Krisenausbruch 2008.

Und jenen, die noch Arbeit haben, drohen Kurzarbeit, Lohnkürzungen, längere Arbeitszeiten und weniger Urlaub.

„Die Leidtragenden sind damit genau die Menschen, die nie an der Börse geockt, keine Milliardenwerte vernichtet, und noch nie einen Millionenbonus erhalten haben, wie zum Beispiel 4 Dresdner-Banker trotz Milliardenverlusten ihrer Banken“ klagt das deutsche Massenblatt „Bild“ an.

Niemand weiß wie es weiter gehen wird

Wenn heute verkündet wird, dass 2010 die Wirtschaft wieder deutlich wachsen wird, dann ist das nur die halbe Wahrheit warnt Chefvolkswirt Michael Heise im „Fokus“.

Das Wirtschaftswunder ist gedopt: Staatliche Konjunkturpakete und billiges Geld der Notenbanken wirken auch 2010 wie ein Aufputschmittel für die geschwächte Ökonomie. Es droht ein Rückschlag, wenn weltweit die Konjunkturprogramme auslaufen.

Das Fatale ist, dass sich die Ökonomen bei ihren Prognosen noch nie so uneinig waren, wie jetzt und noch schlimmer: Es zeichnet sich wieder einmal ab, dass die Menschheit keine Lehren aus vergangenen Katastrophen zu ziehen in der Lage ist.

Hypo-Desaster

Dunkle Wolken über Kärnten

Kärntens Landes-Finanzreferent Harald Dobernig macht bereits Anfang September kein Hehl aus der dramatischen Lage, in der sich Kärnten befindet und muss einräumen, dass sich die Situation 2010 und 2011 noch weiter verschlechtern wird. Nun liegt das Landesbudget 2010 vor. Es ist noch schlimmer gekommen, als vor einigen Monaten befürchtet:

246 Millionen Neuverschuldung und 2,5 Milliarden Gesamtschulden.

Die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt 4459 Euro ist damit um 500 Euro höher als 2009.

Der Zukunftsfond, gebildet aus dem Erlös des Hypoverkaufs, in der Höhe von 500 Millionen Euro, von dem bis Mitte 2008 bereits 297 Millionen Euro vergeben oder zugesagt wurden, ist durch die katastrophale Lage der Hypo-Group Alpe Adria, an der das Land mit 12,4% beteiligt ist, auf das höchste gefährdet. Der Finanzbedarf der Hypo Group ist bereits auf 1,5 Milliarden Euro gestiegen. Österreich soll hierfür – so fordern die Bayern – 500 Millionen beisteuern. Dazu zeigt unser Finanzminister wenig Lust und verweist darauf, dass



Wien bereits 900 Millionen der Hypo Group vorgeschossen hat. Bleibt Kärnten, das in der Haider-Ära eine Haftung von 18 Milliarden übernommen hat. Wenn Kärnten zur Zahlung von bis zu 180 Millionen verpflichtet werden sollte, dann wird dem Land wohl nichts anderes übrig bleiben, als die „eiserne Reserve“, den Zukunftsfonds, hierfür zu opfern.

Geschieht das, dann werden die Diskussionen über angeblich dubiose Geschäftsfälle, die zum Debakel beigetragen hätten, an Heftigkeit zunehmen. Dann wird auch gefordert werden, die hierfür Verantwortlichen zu nennen. Dieses Szenario liegt nicht in weiter Ferne, die dunklen Wolken sind schon aufgezo-



ORF-„Streitkultur“: LH Dörfler attackiert Feldner.

Ausschluss des KHD von der Vorbereitung der Jubiläumsveranstaltungen 2010 wegen seiner Versöhnungs- und Verständigungspolitik.

Scharfe Kritik an Landeshauptmann Gerhard Dörfler wegen Ausschluss des KHD von der Vorbereitung der Jubiläumsveranstaltungen 2010

Die Tatsache, dass Landeshauptmann Gerhard Dörfler keinen Vertreter des Kärntner Heimatdienstes (KHD) in das Festkomitee „90 Jahre Kärntner Volksabstimmung“ zur Vorbereitung der Jubiläumsveranstaltungen 2010 nominiert hat, wird von der Hauptversammlung scharf verurteilt. Da der Landeshauptmann für diesen schwer wiegenden Schritt keinen einzigen plausiblen Grund nennen kann, liegt die Vermutung nahe, dass hierfür die Versöhnungs- und Verständigungspolitik des KHD ausschlaggebend gewesen ist, zumal der KHD deshalb bereits vor zwei Jahren von BZÖ-Spitzenpolitikern heftig kritisiert worden war.

So hat BZÖ-Klubobmann Kurt Scheuch am 10. Oktober 2007 in einer Aussendung wörtlich folgende verständigungsfeindliche Feststellung getroffen: „Es ist zu hinterfragen, ob Obmann Josef Feldner mit seinem slowenenfreundlichen Kurs überhaupt noch die Interessen des Landes vertritt“.

Gleichzeitig beauftragte Scheuch den Landesrechnungshof mit der Überprüfung des KHD,

der diesem sodann die korrekte Verwendung der ohnehin sehr geringen Landesförderung bescheinigte. Die Hauptversammlung weist darauf hin, dass der Kärntner Heimatdienst als der Traditionsverband der Kärntner Volksabstimmung 1920 bei allen bisherigen Jubiläumsveranstaltungen an führender Stelle eingebunden war und dass die Landesgedächtnisstätte im Klagenfurter Landhaushof zur Erinnerung an die Kärntner Volksabstimmung 1920 über Betreiben des Heimatdienstes errichtet wurde.

Die Hauptversammlung fordert Landeshauptmann Gerhard Dörfler auf, den KHD bereits zur nächsten Sitzung des Festkomitees bzw. zur nächsten Zusammenkunft der Arbeitsgruppe zur Mitwirkung einzuladen und weist darauf hin, dass der Ausschluss inzwischen auf parteienübergreifende Ablehnung gestoßen ist und von Repräsentanten der Kärntner SPÖ, ÖVP und Grünen kritisiert worden war.

Im Sinne der Entschließung der Vereinsleitung vom 18. November 2009 sind dem Vermächtnis der Kärntner Volksabstimmung entsprechend, die Veranstaltungen neben der dankbaren Erinnerung an die Opfer des Abwehrkampfes und an die siegreiche Volksabstimmung, auf die Verständigung zwischen den Menschen verschiedener Sprach- und Volkszugehörigkeit und auf gute Nachbarschaft auszurichten. Neben allen Heimat- und Traditionsverbänden,

sind daher wieder all jene Gruppierungen einzuladen, die auch schon zu den Jubiläumsfeiern 1995, 2000 und 2005 Einladungen zur Teilnahme und Mitwirkung erhalten haben, als Chance, über sprachliche, ideologische und andere Barrieren hinweg Einigkeit zu demonstrieren.

Die Hauptversammlung bekräftigt den Weg der Verständigung und fordert darüber einen Grundkonsens aller Parteien im Verfassungsrang

Die Hauptversammlung drückt ihr Befremden darüber aus, dass das heuer mit drei Preisen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene gewürdigte Bemühen der parteifreien Kärntner Konsensgruppe um ein Klima des gegenseitigen Vertrauens zwischen Deutsch- und Slowenisch-kärntnern bisher keine Unterstützung durch die stärkste Partei des Landes erfahren hat. Es ist überaus befremdend, dass dieses Bemühen ganz im Gegenteil sogar noch „abgestraft“ wird, wie der Ausschluss des durch seinen Obmann in der Konsensgruppe vertretenen KHD von der Vorbereitung der Jubiläumsfeiern 2010 beweist.

Die Hauptversammlung bekräftigt den von allen Vereinsgremien einstimmig beschlossenen Kurs der Verständigung. Dieser muss jedoch über die Kärntner Konsensgruppe hinaus zu weiteren zivilgesellschaftlichen Initiativen führen, die von der Politik zu fördern sind.

Dazu ist es dringend notwendig, Friedens- und Verständigungsarbeit in einem Grundkonsens aller Parteien zum vitalen öffentlichen Interesse des Landes Kärnten zu erklären. Jede Initiative zur Schaffung eines Volksgruppen übergreifenden Klimas des gegenseitigen Vertrauens, mit dem Bemühen um Beseitigung alter Vorurteile, der Bereitschaft zur gemeinsamen Aufarbeitung der Geschichte und zum Dialog ohne Vorbedingungen, muss den Repräsentanten jedes Landes jede Unterstützung wert sein. Diese Grundsätze müssen in einen politischen Grundkonsens aller Parteien einfließen, der sodann in der Kärntner Landesverfassung zu verankern ist.

Positive Absichtserklärungen zum Schutz der deutschsprachigen Volksgruppe in Slowenien sollen endlich umgesetzt werden

Die Hauptversammlung begrüßt die von Sloweniens Staatspräsident Danilo Türk dem ORF gegenüber erfolgte Ankündigung einer verbesserten finanziellen Förderung der ohnehin nur mehr wenige Tausend Personen umfassenden deutschen Volksgruppe. Überdies werden Bemühungen, in Slowenien einen ähnlichen interethnischen Verständigungsprozess wie in Kärnten in Gang zu bringen, gewürdigt. Mit dem „Treffen der Kulturen“ in Marburg, unter Beteiligung der Konsensgruppe, wurde jedenfalls ein erfreulicher Anfang gemacht. Die Hauptversammlung erwartet nun, dass den Absichtserklärungen zur Sicherung der natürlichen Entwicklung der seit Jahrhunderten autochthon auf dem Territorium des heutigen Slowenien siedelnden deutschen Restbevölkerung endlich auch konkrete Schritte folgen, mit dem Ziel der verfassungsrechtlichen Gleichstellung mit der zahlenmäßig nur wenig stärkeren italienischen Volksgruppe.

(aus der RESOLUTION der Hauptversammlung vom 8. Dezember 2009)

Die Ängste ernst nehmen!

Das von den Schweizer Bürgern in einem Referendum ausgesprochene Minarettverbot schlägt weltweit hohe Wellen. Viel wichtiger, als pro und contra Minarettverbot zu analysieren, ist die Ängste, die für die Entscheidung der Schweizer ausschlaggebend gewesen sind, ernst zu nehmen. Ängste, die in Österreich gleichermaßen vorhanden sind.

Angst vor Islamismus

Auch wenn der radikale Teil der Muslime, die Islamisten, in der Schweiz wie in Österreich eine kleine Minderheit darstellen, ist die Angst innerhalb der Bevölkerung vor fundamentalistischen Tendenzen groß. Gefördert wird diese Angst durch die Bildung von muslimischen Parallelgesellschaften, von eigenen muslimischen Vierteln in Ballungszentren mit weitgehend nicht integrationsbereiten Türken und Arabern, wie das auch in Wien zu beobachten ist.

Studie weist Türken als schlecht integrierbar aus

Eine vom Innenministerium in Auftrag gegebene Studie des GfK-Instituts weist nach, dass in Österreich vor allem Türken schwer integrierbar sind. Mehr als die Hälfte der Türken haben das Gefühl, dass Muslime in Österreich benachteiligt werden, meint der Meinungsforscher Peter Ullram, der darin ein Alarmsignal sieht.

Ein deutscher Ex-Politiker nennt die Probleme beim Namen

Der frühere SPD-Politiker Thilo Sarrazin hat vor einigen Wochen mit seinem provokanten Donnerwetter gegen Multikulti-Sündenregister in Berlin die Mauer des Schweigens über eine völlig verfehlte Integrationspolitik und über jahrelange politische Versäumnisse durchbrochen.

Sarrazin, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank, somit keineswegs ein Ultrarechter, weist auf die weit überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit unter den in Berlin lebenden Ausländern hin. Fast jede zweite Person mit Migrationshintergrund in Berlin habe keinen beruflichen Abschluss. Schuld daran seien vor allem die schlechten Deutschkenntnisse. Es sei ein Skandal, so Sarrazin, dass die Mütter der zweiten, dritten Generation im-



„Klein Istanbul“ an der Spree. Das in der „Krone“ veröffentlichte Bild zeigt einen Park in Berlin.

mer noch kein Deutsch können. Sarrazin wörtlich:

„Meine Vorstellung wäre: Generell kein Zuzug mehr, außer für Hochqualifizierte, und perspektivisch keine Transferleistungen mehr für Einwanderer. In den USA müssen Einwanderer arbeiten, weil sie kein Geld bekommen und werden deshalb viel besser integriert.“

Natürlich kann man der Ansicht sein, dass Thilo Sarrazin besonders drastische Forderungen erhebt, nur sich einfach darüber hinwegzusetzen, wäre der falsche Weg.

Sprachförderung und Bildung ist der Schlüssel zur Integration

Wegschauen und Schweigen bringen niemanden vorwärts. Ein Grundsatz, dem sich die

in Istanbul geborene deutsch-türkische Soziologin Necla Kelek verpflichtet fühlt. Sie prangert an, was einer Integration im Wege steht:

„Wir müssen die mitgebrachten archaischen Strukturen ändern. Wenn Männer sich anmaßen, über das Leben von Familienangehörigen zu entscheiden, wenn Töchter nicht aus dem Haus dürfen und an Bildung gehindert werden; wenn für die Söhne Zwangsbräute aus der Türkei geholt werden, wenn Frauen gezwungen werden, das Kopftuch zu tragen, um kein sexuelles Wesen mehr zu sein, dann sprengt das den Rahmen einer zivilisierten Gesellschaft.“

Necla Kelek, die das Übel in patriarchalischen Strukturen des Islam sieht, hofft auf die modernen Muslime, die in Sprachförderung und Bildung den Schlüssel zur Integration sehen.

Einige Grundregeln zur Wahrung des sozialen Friedens

- An die Spitze zu stellen ist die **Forderung nach einer einheitlichen europäischen Einwanderungspolitik, die so restriktiv wie möglich gestaltet werden und sich nach dem Bedarf der benötigten Arbeitskräfte richten muss.**
- **Asyl ist ein humanitäres Gebot.** Asylmissbrauch muss jedoch gesetzlich ausgeschlossen werden.
- **Nur Anpassung verhindert Kulturkampf und Sozialkonflikte.** Ausländer haben sich unserer Lebensweise anzupassen. Anpassung bedeutet jedoch nicht Assimilierung.
- **Integration ist eine Bringschuld für Zuwanderer.** Diese haben unsere Gesetze zu beachten, unsere Sprache zu erlernen und unsere Kultur zu respektieren. Integration verhindert die Bildung von Parallelgesellschaften.
- **Zur Integration hat aber auch die einheimische Bevölkerung beizutragen.** Ein großes Problem ist, dass wir auf bereits integrierte oder integrationsbereite Zuwanderer nicht zugehen. Wir sollten den **interkulturellen Dialog** suchen, um einander kennen zu lernen. Wenn wir uns gegenüber diesen Migranten abschotten, dann sind wir es, die Integration verhindern und Ausländer-Ghettos mit all ihren Gefahren fördern. Um glaubwürdig Respekt gegenüber unserer Kultur einzufordern, müssen wir diese auch leben.



Josef Feldner, Franci Pivec, Veronika Haring und Marjan Sturm mit zwei Musikerinnen der Blasmusik St. Marein als „Aufputz“.

Treffen der Kulturen in Marburg:

Ein starkes Lebenszeichen der deutschen Volksgruppe

Die Idee einer gemeinsamen Kulturveranstaltung im Raum Marburg wurde im November vergangenen Jahres bei der Präsentation des Buches „Kärnten neu denken“ in Slowenien geboren. Bei der anschließenden Diskussion zeigte sich der slowenische Schulminister a. D. Franci Pivec von der sprachübergreifenden Verständigungsarbeit der Kärntner Konsensgruppe so beeindruckt, dass er sich als Präsident der Kulturvereine Marburgs spontan bereit erklärte, ein „Treffen der Kulturen in Maribor/Marburg“ zu organisieren.

Kulturverein deutschsprachiger Frauen „Brücken“ als Mitveranstalter

Am 25. Oktober war es so weit. Der Kulturverein Pekre-Limbuš bei Marburg veranstaltete gemeinsam mit dem deutschsprachigen Kulturverein „Brücken“ ein „Treffen der Kulturen“ aus Anlass des 150. Jahrestages der Übertragung der Diözese Lavant von St. Andrä im Lavanttal nach Marburg durch Bischof Slomšek und des 150. Todestages von Erzherzog Johann mit einer abschließenden slowe-

nisch-deutschen Kulturveranstaltung im Kulturzentrum Pekre.

Zweisprachiger Gottesdienst in der Jakobskirche von Limbuš

Der Marburger Dompropst Stanko Lipovšek las gemeinsam mit dem em. Erzabt von St. Peter in Salzburg Edmund Rudolf Wagenhofer, mit dem Vertreter des Kärntner Diözesanbischofs Schwarz, Prälat Matthias Hribernik und dem Ortpfarrer Andrej Firbas zu gleichen Teilen in slowenisch und deutsch die Messe zu Ehren von

Bischof Anton Martin Slomšek. In kurzen Ansprachen würdigte Josef Feldner und Marjan Sturm den Bischof als „geistlichen Kulturschaffenden“ und Förderer seiner slowenischen Muttersprache. „Nur wer seine eigene Kultur liebt, kann auch andere Sprachen respektieren und schätzen“, stellte Feldner dazu klar.

Feldner und Sturm legten sodann für die Kärntner Konsensgruppe vor dem Altar einen Kranz nieder. Auf den Kranzschleifen war zweisprachig „Frieden, Versöhnung, Verständigung – mir, sprava, sporazumevanje“ aufgedruckt.

Österreichisch-slowenische Würdigung des „Volkserzherzogs“ Johann in Meranovo

Fortgesetzt wurde das „Treffen der Kulturen“ mit dem Gedenken an Erzherzog Johann auf dessen ehemaligem Musterweingut am Hügel von Meranovo mit wunderschönem Blick auf Marburg.

Nach einer Kranzniederlegung beim



Veronika Haring

schlichten Denkmal durch die Kärntner Konsensgruppe brachten Franci Pivec, Marjan Sturm und Josef Feldner übereinstimmend ihren Respekt vor den großartigen Leistungen des „Volkserzherzogs“ zum Ausdruck.

Für die musikalische Umrahmung der Gedenkveranstaltung am Weinberg in Meranovo sorgte die Blasmusik St. Marein/Steiermark, die in ihrer von Erzherzog Johann kreierten Volkstracht ein malerisches Bild abgaben.

Gemeinsames Kulturprogramm im Kulturzentrum: „Miteinander statt gegeneinander“

Den Abschluss des „Treffen der Kulturen“ bildete eine gemeinsame Kulturveranstaltung mit Kulturgruppen aus Kärnten, der Steiermark und Slowenien im „Kulturni dom“ des Marburger Vorortes Pekre.

Die angereisten Mitglieder der Kärntner



Kärntner Konsensgruppe mit Moderatorin.

Konsensgruppe, Josef Feldner, Bernard Sadovnik, Heinz Stritzl und Marjan Sturm (im Bild mit der Moderatorin des Abends) betonten die Notwendigkeit des Miteinander bei gegenseitiger Achtung von Sprache und Kultur.

Die Festansprache hielt die unermüdlich für ihre deutsche Volksgruppe tätige Vorsitzende des deutschsprachigen Vereins „Brücken“ in Marburg, Veronika Haring. Mit hoffnungsvollem Blick in die Zukunft betonte sie:

„Das Treffen der Kulturen ist eine Ankündigung jener Zeiten, in denen sich in Österreich und Slowenien niemand mehr schämen und verstecken wird müssen wegen seiner nationalen und kulturellen Wurzeln.“

Schüsse aus dem Hinterhalt verfehlten ihr Ziel

Für Empörung sorgte der Obmann des „Rat der Kärntner Slowenen“, Karel Smolle, der in

einer Pressekonferenz in Laibach den Kärntner Heimatdienst bezichtigte, „die slowenische Minderheit in Kärnten fast zur Gänze assimiliert(!)“ zu haben und nun wolle er „seinen Plan der Germanisierung(!) auch nach Slowenien bringen“.

In einer Erklärung wiesen die Organisatoren des „Treffen der slowenischen und deutschen Kultur“, die Angriffe des „Rat“, die sich auch gegen die Veranstalter und gegen Marjan Sturm richteten, scharf zurück.

Das Treffen sei als „Unterstützung des wichtigen Projekts „Kärnten neu denken“ zu verstehen, das nach bereits sichtbaren Resultaten einen neuen Zeitabschnitt eines freundlichen und kreativen Zusammenlebens der slowenischen und deutschen Kultur erwarten“ lasse. Das lässt auch für die Zukunft der deutschen Volksgruppe in Slowenien, besonders auch nach den positiven Ankündigungen des slowenischen Staatspräsidenten Danilo Türk hoffen.



Kranz der Konsensgruppe.



Das Lindwurmquintett Klagenfurt sang deutsche und slowenische Kirchenlieder.



Kindergruppe aus der Gottschee.

Unser KHD-Anwalt in Brüssel



Andreas Mölzer
KHD-Vorstandsmitglied, fraktions-
loses Mitglied des EU-Parlaments

Zeichen der Zeit erkannt

Noch immer beschäftigt die slowenische Minderheit Kärnten – auf beiden Seiten setzt sich aber Vernunft durch

Verkehrung der Fronten

In der Kärntner Minderheiten- und Volksgruppenproblematik schwelt bekanntlich spätestens seit dem Ortstafelerkenntnis des Verfassungsgerichtshofs 2001 eine Art landespolitischer Kleinkrieg.

Jörg Haiders Orangen-Bündnis geriert sich als Schützer der Heimattreuen.

Der Kärntner Heimatdienst unter Josef Feldner hat sich im Zuge der Arbeiten der Konsensgruppe den gemäßigten Slowenen annähert. Dem „Zentralverband der Kärntner Slowenen“, der früher als Traditionsträger der Tito-Partisanen galt und als eher links. Gemeinsam mit der „Gemeinschaft der Kärntner Slowenen und Sloweninnen“ unter Bernard Sadovnik bilden Marian Sturm, der Chef des Zentralverbands und der einstige Deutschkärntner Hardliner Josef Feldner nunmehr die gemäßigte Konsensgruppe.

Mit von der Partie der vormalige Chefredakteur der Kärntner Kleinen Zeitung, Heinz Stritzl und als Mediator der Historiker Stefan Karner aus dem Umfeld des vormaligen Bundeskanzlers Wolfgang Schüssel.

Gegen die Suche nach einem Konsens in

der Ortstafelfrage und gegen eine Entwicklung des gedeihlichen Miteinanders zwischen Deutschkärntner Mehrheitsbevölkerung und der slowenischen Minderheit sind auf der einen Seite der Kärntner Abwehrkämpferbund unter dem Ex-Landtagsabgeordneten Fritz Schretter, unterstützt vom BZÖ, und auf der slowenischen Seite der „Rat der Kärntner Slowenen“ mit seinen Frontleuten Karel Smolle und den Rechtsanwälten Vouk und Grilc. Der „Rat der Kärntner Slowenen“ repräsentiert den eher katholischen Teil der slowenischen Minderheit und galt ursprünglich als gemäßigt.

Heute entwickeln sich Smolle und Genossen zu den ärgsten Scharfmachern gegen die Konsensgruppe im allgemeinen und den Heimatdienst im besonderen.

JA zur Konsensgruppe

Die kulturellen Unterschiede zwischen Deutschkärntner Mehrheit und slowenischer Minderheit sind gering, Man müsste daher längst erkannt haben, dass man künftig nicht mehr gegeneinander, sondern miteinander die Probleme der Zukunft für das Bundesland Kärnten und für die Republik Österreich gestalten wird müssen. Da sollte auch die Forderung nach einer Minderheitenfeststellung, die durchaus legitim ist und vor einer Erweiterung

der Ortstafelregelung grundsätzlich sinnvoll erscheint, nicht trennen.

Diese theoretische Sinnhaftigkeit ist jedoch in der Praxis nicht gegeben. Dazu kommt noch, dass diese international unüblich ist, da sich ethnische Minderheiten eben nicht zählen lassen wollen. Deshalb sollte dieses Thema die verständigungsbereiten Kräfte nicht entzweien, zumal zu einem gedeihlichen Miteinander in Kärnten und zu einem Konsens, wie er von Sturm und Feldner angestrebt wird, keine wirkliche Alternative besteht.

So trennt sich nun in Kärnten die Spreu vom Weizen: auf der einen Seite jene Kräfte, die unbelehrbar und unverbesserlich auf dem alten **Kurs der Konfrontation** beharren und auf der anderen Seite die von immer mehr bekannten Persönlichkeiten aus allen politischen Lagern unterstützte Kärntner Konsensgruppe.

Wer Europa liebt, muss die EU reformieren

In einer Abhandlung mit dem Titel „Es geht um mehr als das EU-Parlament“ stellt Mölzer klar:

„Die EU ist längst der politisch und ökonomisch bestimmende Bereich, der auf unseren Alltag mehr Einfluss ausübt, als unsere Bundesländer, als die Kommunen, als die Republik selbst ... Das ist ein Faktum und da ist es dann natürlich von existentieller Bedeutung, in welche Richtung sich dieses Europa entwickelt ... Hin zu einem zentralistischen Superstaat, hin zu einem multikulturellen „melting pot“ ... oder zu einem Europa, in dem der geistige Reichtum dieses Kontinents, die Vielfalt der Nationen, der Völker und Kulturen, die historisch gewachsenen Regionen, die verschiedenen Lebensstile erhalten und bewahrt werden und sich fruchtbar weiterentwickeln können?“

Um Europa auf den rechten Weg zu bringen und damit unsere österreichische Heimat zu retten, ruft Mölzer dazu auf, jene Kräfte zu stärken, die als Patrioten die nationale und kulturelle Vielfalt Europas bewahren wollen. „Wer Europa liebt“, so Mölzer, „muss die EU kritisieren und an Haupt und Gliedern reformieren.“ (Auszug aus einer vor der EU-Wahl verfassten Abhandlung von Andreas Mölzer mit dem Titel „Es geht um mehr als das EU-Parlament“)



Mölzer bei der Verleihung des Europäischen Bürgerpreises an die Konsensgruppe mit dem Vizepräsidenten des EU-Parlaments Miguel Angel Martinez.

Entwurf für ein neues Volksgruppenrecht lässt in Kärnten die Wogen hochgehen

Bald hunderte neue Ortstafeln?

Muschkau
Muškava



Wann endlich Information statt Panikmache?

Im Ortstafelstreit wäre Sachaufklärung die Pflicht aller Kärntner Landtagsparteien

Als kürzlich das „Volksgruppenzentrum“ in Wien, dem von slowenischer Seite allein der radikale „Rat der Kärntner Slowenen“ angehört, den Entwurf für ein neues Volksgruppengesetz vorlegte, gab es einen Aufschrei in Kärnten. Der Abwehrkämpferbund titelte in einer Aussendung „Neues Volksgruppengesetz schafft slowenisches Südkärnten“ und in einer Kärntner Zeitung hieß es tags darauf in Balkenlettern „Bald hunderte neue Ortstafeln?“ Statt darauf hinzuweisen, dass es sich bei diesem Vorschlag um einen von vielen handelt, tat auch die Landeshauptmannpartei so, als wäre dieser Vorschlag bereits eine beschlossene Sache.

Worum geht es wirklich?

In fast 90 Orten gibt es schon seit Jahrzehnten zweisprachige Ortsbezeichnungen.

Faktum ist auch, dass diese zweisprachigen Tafeln seit Jahrzehnten keinen einzigen Menschen mehr stören.

Es geht somit nur um 50 bis 75 zusätzliche Dörfer

Seit einem VfGH-Erkenntnis vom Dezember 2001 wird über eine Erweiterung der seit 1977 bestehenden Ortstafelregelung diskutiert. Dazu wurde von der Konsensgruppe im

Mai 2005 im Vorfeld der Politik das „Karner-Papier“, ein Kompromissvorschlag von 67 zusätzlich zweisprachig zu beschilndernden Orten vorgelegt.

Auf dieser Basis wurden inzwischen zwei Regierungsvorschläge erarbeitet:

2006 von der schwarz-blauen Regierung das sogenannte „Schüssel-Haider-Modell“ mit 50 und 2007 das „Gusenbauer-Modell“ mit 75 zusätzlichen deutsch-slowenischen Ortsbezeichnungen.

Beide Regierungsmodelle sind auf Ortsebene auf der Basis der Volkszählungen 1991 und 2001 bereits auf einen Mindestslowenenanteil von 10% zurückgegangen.

Realisiert wurden diese beiden Modelle bis heute nicht, weil einerseits keine der jeweiligen Kanzlerparteien der anderen Partei einen Erfolg gönnen wollte und weil sich andererseits seit 2007 das BZÖ mit LH Jörg Haider und

nach dessen Tod mit LH Gerhard Dörfler un-nachgiebig auf eine Nullpositionierung zurückgezogen haben.

Nur die in der Minderzahl befindlichen blau umrandeten Ortstafeln sind strittig

In keiner einzigen offiziellen Stellungnahme zu zweisprachigen Ortstafeln wurde bisher darauf hingewiesen, dass nur ein geringer Teil der für zweisprachige Ortsbezeichnungen in Betracht gezogenen Orte mit blau umrandeten Ortstafeln am Ortsende und am Ortsanfang ausgestattet werden sollen. Die überwiegende Mehrzahl dieser zumeist sehr kleinen Orte erhält nur eine kleine weiße Gemeindetafel, die jeweils nur am Ortsanfang aufgestellt wird. In der zweisprachigen Gemeinde Ludmannsdorf sind 17 von 18 Ortschaften nur mit kleinen weißen Gemeindetafeln versehen (siehe Foto unten, links).

In einer am 22. Mai 2007 von LH Jörg Haider den Medien übermittelten „Klarstellung zu Österreich-Bericht über Ortstafeln“ weist Haider auf den Unterschied zwischen Ortstafeln und Ortsbezeichnungen hin und bezeichnet die in die Zuständigkeit der jeweiligen Gemeinde fallenden Ortsbezeichnungen im Zusammenhang mit dem Ortstafelstreit als „unstrittig“. Diese Gemeindetafeln müssten demnach aus der Diskussion ausgeklammert werden.

Haider 2006: Gegner einer Ortstafellösung wählen nicht das BZÖ

Der im Oktober des Vorjahres verstorbene LH Jörg Haider setzte sich 2006 vehement für die Erweiterung der bestehenden Ortstafelregelung auf 141 Orte ohne vorherige Minderheitenfeststellung ein.

Davon zeugen eine Reihe von Presseerklärungen, die wir abermals dokumentieren möchten:

- Es sei ein „Ein Weg der Vernunft.“ Und weiter:
- „Irgendwann muss man über die Brücke



Für die Medien war die Einigung zwischen Schüssel und Haider auf eine vernünftige Ortstafellösung eine beschlossene Sache. Im letzten Moment platzte jedoch der Deal.

gehen. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen.“ (Kleine Zeitung, 3. Juli 2006).

Gegenüber der Kärntner Woche sagte Haider:

- „Die, die zu den extremen Ablehnern jeder Lösung gehören, wählen nicht den Jörg Haider und das BZÖ, die stets lösungsorientiert agiert haben ...

- ... Viele haben gesagt, sie wollen keine weiteren Tafeln, (nur) um unsere Verhandlungsposition zu stärken.“ (Kärntner Woche, 5. Juli 2006)

An die Adresse der Konsensgruppe:

- „Ich denke, man sollte in der nächsten Zeit ein gemeinsames Fest machen, wo all jene, die sich um diesen Kompromiss bemüht haben, zusammenkommen und mit den Vereinen einen festlichen Akt gestalten, um zu zeigen: **Alle stehen dahinter!**“

Dafür wurde Haider vom Abwehrkämpferbund heftig kritisiert. Mit der geplanten Ver-

ordnung sei der Weg zur Schaffung eines „geschlossenen slowenischen Territoriums“ erschlossen, heißt es in einer KAB-Aussendung vom 5. Juli 2006.

Weshalb sich Haider nach Scheitern seines Lösungsvorschlags auf eine Nullpositionierung zurückgezogen hat, hat zwei Gründe:

Einerseits war es seine tiefe Enttäuschung, dass sein von ihm so emotional vertretener Lösungsvorschlag nicht realisiert werden konnte, andererseits seine Hoffnung bei den Nationalratswahlen wie auch bei den Landtagswahlen mit dem Slogan „Nein zu jeder weiteren zweisprachigen Ortstafel“ in Kärnten punkten zu können.

Dass er innerlich nicht davon überzeugt war, beweisen seine, verschiedenen Persönlichkeiten gegenüber gemachten Aussagen, nach der Landtagswahl, die er nicht mehr erleben durfte, wieder für eine Lösung offen zu sein.

Auch bei 10% Mindestslowenenanteil auf Gemeinde- und Ortschaftsebene gäbe es nur 78 zusätzliche neue Ortstafeln

Wie unangebracht die Befürchtungen sind, bei Anwendung eines Mindestanteiles von 10% Sprachslowenen auf Gemeinde- und Ortschaftsebene müssten „Hunderte“ weitere Orte mit zweisprachigen Ortsbezeichnungen ausgewiesen werden, beweisen einige statistische Angaben:



Gemeindetafel



Ortstafel

Bei Berücksichtigung eines Schnittes aus den Volkszählungsergebnissen 2001 und 1991, wie das der VfGH in seinen Erkenntnissen verankerte, weisen nur 12 Gemeinden im gemischtsprachigen Gebiet einen Slowenenannteil von über 10% auf mit 27.870 Einwohnern österreichischer Staatsbürgerschaft, hievon 6.983 mit slowenischer Umgangssprache.

Zu den bereits 1977 verordneten zweisprachig zu beschriftenden Orten kämen nur 78 dazu, somit insgesamt 169 zweisprachig zu beschildernde Orte, von denen wiederum nur etwa 20 Orte mit blau umrandeten Ortstafeln auszustatten wären. Dennoch bedeuten diese Feststellungen noch keineswegs eine Akzeptanz durch den KHD. Darüber muss erst diskutiert werden.

Das BZÖ als Landeshauptmannpartei wäre jedoch verpflichtet, sich mit den Fakten auseinanderzusetzen, bevor mit „zusätzlich Hunderten“ zweisprachigen Ortstafeln verunsichert wird. Dasselbe gilt für jene Medien, die einen derartigen Unsinn verbreiten.

Für eine Minderheiten-ermittlung gibt es keine Rechtsgrundlage und keine praktische Notwendigkeit

Jahrzehnte hindurch hat der KHD eine Minderheitenermittlung gefordert und dieser Forderung auch mit gesammelten 80.000(!) Unterschriften Nachdruck verliehen.

Das war notwendig, weil die Slowenenführung die Zahl ihrer Volksgruppenangehörigen mit 50.000 und mehr bezifferte und auf dieser Basis ihre weit überzogenen Ansprüche stellte.

In teilweiser Erfüllung unserer Forderung nach geheimer Minderheitenermittlung wurde 1976 die Durchführung einer „Geheimen Muttersprachenerhebung“ angeordnet, die aller-



Feldner informiert bei einer Pressekonferenz in Wien anhand einer Grafik dass 95% der Kärntner Orte ausschließlich deutsch beschildert blieben.

dings wegen eines slowenischerseits erfolgten Boykotts kein brauchbares Ergebnis erbrachte, sodass der KHD seine Forderung aufrecht erhielt. Seit sich jedoch die Slowenenführung auf die Volkszählungsergebnisse als Grundlage für eine Ortstafelregelung einigte, deren Ergebnis weitestgehend mit der vom KHD stets geschätzten Zahl von 10.000 Slowenen übereinstimmt, hat die Forderung nach Minderheitenermittlung ihren praktischen Sinn verloren, ganz abgesehen davon, dass es seit 2006 auch keine Rechtsgrundlage mehr dafür gibt.

Interessant dazu noch einige statistische Daten:

Wie vorhin festgestellt, leben auch bei großzügiger Anwendung eines 10%-Schlüssels in den sodann für zweisprachige Ortsbezeichnungen in Betracht kommenden Ortschaften weniger als 7.000 Slowenen. Im gesamten gemischtsprachigen Gebiet mit insgesamt 800 Ortschaften weist die Volkszählung 2001 nur rund 9.300 Slowenen aus. Mehr als 3.000 in Kärnten statistisch ausgewiesene Slowenen leben außerhalb des gemischtsprachigen Gebietes.

Die Gemeinde mit der größten Anzahl von Slowenen ist Klagenfurt mit 1.292 Personen mit slowenischer Muttersprache, das ist ein Anteil von nur 1,6% der Klagenfurter Gesamtbevölkerung.

Eine Minderheitenermittlung macht auch aus Sicht der Deutschkärntner

Mehrheitsbevölkerung heute keinen Sinn mehr und könnte sich ganz im Gegenteil sogar als Bumerang erweisen. Dann, wenn von gewisser Seite aus Solidarität mit slowenischen Forderungen aufgerufen werden sollte, in der Wahlzelle Slowenisch anzukreuzen. 20.000 Slowenen und mehr wären dann durchaus denkbar, was dann aber auch 200 und nicht bloß 50 bis 75 zusätzliche deutsch-slowenische Ortsbezeichnungen bringen würde.

BZÖ und auch ÖVP sollten endlich ihre Forderung nach Minderheitenermittlung fallen lassen, die sie ohnehin nur deshalb erheben, um sich vor einer Entscheidung in der Ortstafelfrage zu drücken.

Der KHD nimmt in der Ortstafelfrage eine klare Position ein

Auch wenn es nicht Aufgabe des KHD als parteifreie Vertretungsorganisation für Deutschkärntner Interessen sein kann, für mehr zweisprachige Ortstafeln auf die Barrikaden zu steigen, so ist es sehr wohl Aufgabe, Heimatdienst zu leisten gegen Desinformation, Legendenbildung und Panikmache, Heimatdienst zu leisten für ein friedliches Miteinander und für ein endlich positives Erscheinungsbild Kärntens als ein Land ohne Volksgruppenstreit.

Aus diesem Grund wird der Kärntner Heimatdienst auch weiterhin unermüdlich, auch über die Kärntner Konsensgruppe, Aufklärungsarbeit leisten und wird dabei nicht müde werden die Parteien darauf hinzuweisen, dass es ihre Pflicht wäre, die Menschen zu informieren und nicht zu desinformieren, wie das derzeit die für eine Regelung nicht bereiten Parteien praktizieren.



Sowohl Heimatdienst als auch Abwehrkämpferbund hatten vor der Volkszählung 2001 flächendeckend die Bevölkerung Südkärntens darauf aufmerksam gemacht, dass die Angabe Slowenisch als Umgangssprache als Volkstumsbekenntnis gewertet werden wird

Militärkommandant weist KAB-Obmann Schretter in die Schranken

- **Scharfe Kritik an der Rede des Abwehrkämpferbund-Chefs**
- **Kein Bundesheer mehr bei KAB-Feiern**
- **SPÖ und ÖVP hinter Spath**
- **BZÖ-Klubobmann Kurt Scheuch beschimpft Spath als „slowenophilen Zündler“**

KAB-Obmann Fritz Schretter findet inakzeptable „Worte zum Vermächtnis“



Heftige Kritik übte Ende Oktober Kärntens Militärkommandant Brigadier Gunther Spath an der im Klagenfurter Konzerthaus von KAB-Obmann Fritz Schretter zum Tag der Kärntner Volksabstimmung gehaltenen Rede.

Diese sei von „pauschalen Vereinfachungen, Mangel an Differenzierung, Unduldsamkeit und Angriffen gekennzeichnet gewesen. Die Rede ließ keinen Gedanken an Miteinander und Versöhnung aufkommen. Sie war vergangenheits- statt zukunftsorientiert.“

Spath weiter im Offenen Brief an Schretter: „Sie haben dem Gegeneinander, dem Konflikt das Wort geredet. Sie haben damit nicht nur die Aussagen Ihrer Vorredner entwertet, sondern sich auch dramatisch von dem entfernt, was von wesentlichen Repräsentanten Kärntens rund um die Volksabstimmung 1920 hinsichtlich des notwendigen Miteinanders im Lande gesagt worden ist.“

Angesichts dessen müsse er seine Teilnahme und die weitere Abstellung der Militärmusik zu hinkünftigen Veranstaltungen des Abwehrkämpferbundes überdenken, teilt Spath in seinem Brief mit.

Aussprache mit Schretter blieb ohne Ergebnis

Über Vermittlung von LHStv. Uwe Scheuch fand Anfang November eine Aussprache zwischen Spath und Schretter statt, die ohne Ergebnis geblieben ist. Schretter habe an seinen

Standpunkten festgehalten, erklärte dazu der Militärkommandant.

LHStv. Uwe Scheuch hingegen stimmte Spath zumindest in Teilbereichen zu, wenn er in einem „Woche“-Interview zum Gespräch mit Schretter feststellt:

- *„Spath sagt ganz richtig: Es ist genauso verrückt über Slowenisierung zu sprechen wie über Germanisierung auf der anderen Seite der Grenze.“*

Völlig unverständlich ist, dass Schretter weder eine öffentliche Erklärung abgegeben hat noch für Interviews erreichbar war.

So bleiben die Vorwürfe Spaths von Schretter unwidersprochen. Daran ändert auch nichts, dass der KAB-Vorstand in einer Aussendung Schretter verteidigt und sich grundsätzlich zum Dialog bekennt. Faktum ist: Es gibt kein Abrücken des Abwehrkämpferbundes von verständigungsfeindlichen Positionen, wie diese Schretter am 10. Oktober 2009 in Übereinstimmung mit diversen, nach wie vor aktuellen Grundsatzpapieren dokumentierte.

Einige Auszüge aus der heftig kritisierten Botschaft Schretters zum 10. Oktober



Wesentliche Grundgedanken der Rede Schretters im Konzerthaus, die Spath als von „pauschalen Vereinfachungen, Mangel an Differenzierung, Unduldsamkeit und Angriffen“ gekennzeichnet verurteilte, wurden

am selben Tag vorweg in der Kärntner Krone veröffentlicht.

Ein Auszug:

- *„Bis heute hätten die Slowenen ihr Ziel nicht aufgegeben, in Südkärnten ein slowenisches Territorium zu schaffen, so Schretter ...*
- *Den Chauvinismus und Nationalismus der Slowenen in Laibach brauche sich Österreich nicht bieten zu lassen.*
- *Schretter wendet sich auch dagegen, „jene zu hofieren, nämlich die Kärntner Slowenen, die nie auf der Seite des Landes gestanden sind. Kein Staat der Welt würde das tun.“*
- *Er verweist auch darauf, dass das histori-*

sche Bewusstsein der Kärntner von „ungezählten Aggressionsakten der Slawen“ geprägt sei. Gerade dies sei aber eine wesentliche Triebfeder des Kärntner Landes-patriotismus ...“

Angesichts dieser generell pauschalierenden Aussagen ist es nicht nachzuvollziehen, wenn der KAB-Vorstand in seiner Stellungnahme zur Kritik des Kärntner Militärkommandanten rechtfertigend feststellt, dass es „in der Rede des Landesobmannes des KAB keine pauschalen Attacken, keine persönlichen Angriffe, geschweige denn den Versuch, Konflikte noch Dauerkonfrontationen zu schüren“ gegeben habe.

SPÖ und ÖVP begrüßen Kritik an Schretter

Unterstützung für Kärntens Militärkommandanten kommt aus Kreisen der SPÖ und der ÖVP.

Der Klubobmann der SPÖ Kärnten, LAbg. Herwig Seiser forderte LH Dörfler und BZÖ-Landesobmann Scheuch auf, sich von Schretter zu distanzieren. Dieser solle seine Funktion zu Verfügung stellen. Landesparteiobmann LHStv. Reinhard Rohr erinnerte daran, dass nur „Versöhnung und Verständigung uns in eine gute Zukunft führen“.

ÖVP-Landesrat Josef Martinz befürwortete „die mutige und fällige Entscheidung von Spath. Der Abwehrkämpferbund werde sich laut Martinz überlegen müssen, „ob sein ewiggestriger Obmann noch tragbar ist.“

BZÖ-Klubobmann Kurt Scheuch beschimpft Spath als „slowenophilen Zündler“ und verhöhnt Konsensgruppe

Eine unglaubliche Entgleisung hingegen leistete sich BZÖ-Klubobmann Kurt Scheuch, der Gunther Spath als „slowenophilen Zündler“ beschimpfte, „der seine neue Liebe zum Slowenischen auf Kosten des Bundesheeres sowie des Abwehrkämpferbundes auslebt.“

In einem Aufwaschen verhöhnte Scheuch auch noch die Kärntner Konsensgruppe:

„Wer öffentlich gegen den KAB auftritt oder sich sichtbar hinter die Interessen der slowenischen Minderheit stellt, dem winken Auszeichnungen noch und nöcher! Die Konsensgruppe macht es ja vor und hüpfert von einer Würdigung zur nächsten.“

Eiszeit zwischen KHD und KAB. Schuld liegt allein beim KAB-Obmann

Die große Masse der Mitglieder des Kärntner Heimatdienstes und des Kärntner Abwehrkämpferbundes zeigt nicht das geringste Verständnis dafür, dass die Spitzenfunktionäre zweier traditionsreicher Organisationen, die Jahrzehntlang in einem Dachverband auf das Engste miteinander verbunden waren, nicht zu einer Aussprache zusammenfinden. Dass dies nach wie vor nicht möglich ist, ist allein die Schuld des KAB-Obmannes Fritz Schretter.



Schretter und Feldner (ganz rechts) bei einem „Runden Tisch“ vor 2005.

Schretter ignorierte bereits ein Dutzend Gesprächsangebote

Als KHD-Obmann Josef Feldner einen mit verständigungs- und kompromissbereiten Slo-

wenenvertretern im Mai 2005 im Vorfeld der Politik erarbeiteten vernünftigen Vorschlag zur Lösung der strittigen Ortstafelfrage präsentierte, brach KAB-Obmann Fritz Schretter schlagartig die Beziehung zum KHD ab. Das,



Von KHD-Vorstandsmitglied Generalleutnant i. R. Arno Manner war vor seinem Ruhestand Militärkommandant der Steiermark

Ein starkes Signal

Ein starkes Signal für Anständigkeit, Kameradschaft, Solidarität und landsmannschaftliche Verbundenheit mit unserer slowenischen Volksgruppe setzte der Militärkommandant in seiner Replik auf die Rede des KAB-Obmannes Schretter zum Tag der Kärntner Volksabstimmung am 10. Oktober.

Spath steht in der Traditionspflege für die historische Wahrheit, dass die Abwehrkämpfer beider Muttersprachen sowie der Heimatdienst unmittelbar nach der Volksabstimmung 1920 zur „Versöhnung, zum Miteinander und zur Einigkeit im Lande“ aufgerufen haben. Dieses Vermächtnis zu bewahren und zukunftsorientiert weiterzutragen, ist unser aller Auftrag, auch des KAB.

Brigadier Spath steht auch gegen die unnötige Verbreitung von Urängsten, gegen die Herabwürdigung unserer slowenischen Volksgruppe und gegen eine generationsübergreifende Unterstellung von Kollektivschuld. Die Traditionspflege im Bundesheer ist der wehrpolitischen Zielsetzung der Förderung von Vaterlands- und Heimatliebe, des Wehrwillens und der Einigkeit des Volkes untergeordnet. Wer sich gegen diese Zielsetzung stellt, hat sich selbst aus der Reihe der wehrpolitisch relevanten Vereine genommen.

Ich bin stolz in einem Bundesheer gedient zu haben, das sich den demokratischen Grundwerten, den Menschenrechten, der Verfassungs- und Gesetzestreue verpflichtet fühlt. Dem Herrn Militärkommandanten Brigadier Spath gilt meine respektvolle und kameradschaftliche Anerkennung.

Vom KHD 1991 beschlossen:

Der Weg zum friedlichen Miteinander – für Dialog mit den Slowenen

„Unterschiedliche Gruppeninteressen und daraus resultierende Interessenskollisionen dürfen kein Hindernis für Gespräche miteinander sein. Bisherige Gesprächsangebote des Kärntner Heimatdienstes an die Slowenenverbände in den vergangenen Jahren wurden von diesen negiert. Die nach dem Zusammenbruch des Kommunismus beseitigten ideologischen Grenzen ermöglichen eine beschleunigte Entwicklung zu einem geeinten Europa. Dies erfordert im besonderen von benachbarten Völkern und Volksgruppen näherzurücken und Wege für eine dauerhafte Verständigung bei strikter Wahrung der jeweiligen kulturellen Eigenart zu suchen. Das Ziel sollte ein Europa der Vielfalt unter Beibehaltung der historisch gewachsenen Kulturräume und nicht ein multikultureller Völkerbrei sein.“

Auf dieser Basis wiederholt der KHD sein Gesprächsangebot an die Slowenen auch über die Grenzen hinweg. Der Dialog, das Gespräch miteinander, ist zwingend der erste Schritt zueinander. Der zweite Schritt wäre sodann die gemeinsam zu bekundende Bereitschaft, Gruppeninteressen der Deutschkärntner zu respektieren.

Weder Deutschkärntner noch Slowenen sollen für sich Privilegien anstreben oder die eigene Gruppe zu Lasten der anderen zu vergrößern trachten. Aus Interessenskollisionen entstandene unterschiedliche Auffassungen sollen nicht zur Konfrontation führen, sondern im gemeinsamen Gespräch zu bereinigen versucht werden, wobei grundsätzlich beiderseits Kompromißbereitschaft zu signalisieren ist. Das könnte der Weg zu einem dauerhaften friedlichen Miteinander sein.“

Auszug aus einer 1991 beschlossenen KHD-Resolution, die Schretter mit unterzeichnete.

obwohl sich Schretter noch kurz zuvor mit seiner Unterschrift zur Umsetzung der Ortstafelerkenntnisse des VfGH bekannte.

Alle Versuche Feldners ein Gespräch mit

Schretter über die unterschiedlichen Auffassungen zu führen und auch alle Vermittlungsversuche – auch von KAB-Mitgliedern – schlagen fehl. Schretter reagierte auf keines dieser Angebote.

Statt dessen hagelte es unqualifizierte Angriffe gegen den KHD im allgemeinen und gegen Feldner im besonderen. Begleitet wurden diese Angriffe von einer beispiellosen Schmutzpropaganda gegen den KHD-Obmann mit anonym verbreiteten Verleumdungen.

Dem KHD wurde böswillig unterstellt an der Schaffung eines slowenischen Territoriums mitzuwirken und damit Verrat „an der Kärntner Sache“ zu üben.

Statt im persönlichen Gespräch Beweise für derartige Ungeheuerlichkeiten zu erbringen, zieht es Schretter vor, sich einer Aussprache bei der offen über die gegenseitig vorgebrachte Kritik diskutiert werden könnte, zu entziehen.

Hoffnung auf Umdenken zerplatzte wie eine Seifenblase

Als sich der KAB-Obmann vor etwa einem Monat in einer Aussendung ganz allgemein zum Gespräch „im Bemühen um Konsens“ bekannte, „extrem einseitige Sichtweisen“ und

„Verdrehen von Fakten“ kritisierte, keimte nochmals die Hoffnung auf ein Umdenken auf. Nochmals schlug Feldner dem KAB-Obmann eine Aussprache vor und abermals reagierte Schretter nicht.

Offenkundig fühlt er sich einer offenen Aussprache mangels Argumenten nicht gewachsen. Anders ist es nicht zu erklären, dass er sich auch einer direkten Konfrontation mit Feldner bei einer ORF-Livediskussion entzog.

Angesichts dessen muss wohl die Hoffnung auf ein Umdenken des KAB-Obmannes endgültig aufgegeben werden. Am Zug ist nun die Basis des Abwehrkämpferbundes. Ein Umdenken kann nur mehr von dort ausgehen.



Von KHD-Obmannstellvertreter Franz Jordan

Was hat Dörfler gegen den KHD?

In der ORF-Radiodiskussion „Streitkultur“, bei der es um die Landesfeiern aus Anlass des 90-Jahr-Jubiläums der Kärntner Volksabstimmung ging, trat Landeshauptmann Gerhard Dörfler in ungewöhnlich scharfer Form gegen KHD-Obmann Josef Feldner auf.

Der Grund: Weil sich Feldner in einem Interview für eine slowenische Zeitung angemäht habe, der Kärntner Landespolitik „Vorschriften“ zu machen.

Dörflers eigenartiges Demokratieverständnis: Nur Mandatare sind berechtigt, der Politik Vorschläge zu machen!

Schon zu Beginn der Sendung, gleichsam zur „Begrüßung“, richtete LH Dörfler Feldner aus, dass er nicht bereit sei, von ihm Forderungen an das Land entgegen zu nehmen, denn Feldner sei kein gewählter Vertreter.

Was ist das für ein eigenartiges Demokratieverständnis. Seit wann ist es Staatsbürgern und Obmännern ohne parteipolitischen Funktion untersagt, Forderungen, Anregungen und Wünsche, auf welche Weise immer, an Politiker heranzutragen, die andererseits trotz Ersuchens für ein Gespräch nicht zur Verfügung stehen?

Dennoch blieb Feldner ruhig und er bat im weiteren Verlauf der Diskussion den Landeshauptmann sogar um Vermittlung. Unter Hinweis darauf, dass er und weitere Vorstandsmitglieder des KHD sich seit einigen Jahren vergeblich um eine Aussprache mit dem Obmann des Abwehrkämpferbundes bemühen, ersuchte Feldner den Landeshauptmann in dieser Sache um seine Vermittlung, was dieser schroff mit dem Hinweis, er sei „kein Briefkasten(!)“ und habe anderes zu tun, ablehnte.

Abgesehen von der damit gezeigten ex-



Der hier noch freundlich gestimmte Landeshauptmann verhielt sich im Lauf der ORF-Sendung gegen Feldner überaus unfreundlich. In der Bildmitte der Bürgermeister von Kappel am Krappfeld – Martin Gruber.

tremen Unfreundlichkeit gegenüber einem Bürger dieses Landes, dessen Friedens- und Verständigungsarbeit innerhalb der Kärntner

Konsensgruppe international mit dem Bürgerpreis des Europaparlaments, national mit dem Österreichischen Verfassungspreis und in Kärn-



Brief an das Christkind

Wir wünschen uns einen

LANDESHAUPTMANN

*der parteiunabhängig denkt und handelt, der
das Gemeinsame vor das Trennende stellt, der
sich um den Frieden zwischen den Volksgruppen bemüht
und der in der Ortstafelfrage einen Konsens zulässt.*

***Kärntnerinnen und Kärntner, die noch an Wunder
glauben und die die Hoffnung noch nicht aufgeben
haben.***

Wir hoffen, dass dieser uns zur Weiterleitung übermittelte Brief an die richtige Adresse gelangt.

ten mit dem Kulturpreis der Stadt Villach gewürdigt wurde, erweist sich damit Dörfler alles andere als ein „Brückenbauer“, der er so gerne sein möchte. Wenn er einerseits den Obmann des Abwehrkämpferbundes, der keinerlei Gesprächsbereitschaft gegenüber dem KHD zeigt, zur Mitwirkung an der Vorbereitung der nächstjährigen Landesfeiern zum 90-Jahr-Jubiläum der Kärntner Volksabstimmung einlädt und andererseits Josef Feldner als konsens- und verständigungsbereiten Kärntner davon ausschließt, dann muss das entschieden verurteilt werden.

Insbesondere auch deshalb, weil der KHD bisher als der Traditionsverband der Kärntner Volksabstimmung bei allen Jubiläumsveranstaltungen

des Landes an vorderster Stelle eingebunden war und auch Trägerorganisation für die Errichtung der Stätte der Kärntner Einheit im Klagenfurter Landhaushof ist.

Bleibt somit nur ein einziger Grund für den Ausschluss des KHD: Der in allen Gremien des Heimatdienstes einmütig und von tausenden Unterzeichnern unterstützte Kurs der Verständigung.

Dieser Kurs wurde bereits 1998 auf der im Klagenfurter Landhaushof angebrachten Tafel des Kärntner Heimatdienstes folgendermaßen zum Ausdruck gebracht: „Stätte der Kärntner Einheit, Mahnmal für ein immerwährendes, gleichberechtigtes und friedliches Miteinander aller Kärntner“.

KLEINE ZEITUNG
FREITAG, 4. DEZEMBER 2009



AUFWECKER

REINHOLD DOTTOLO

Bekämpfte Mitte

Befragt man Landeshauptmann Gerhard Dörfler zur Konsensgruppe, sagt er, diese sei überschätzt. Sie hätte in Wirklichkeit nichts weiter gebracht und sei von geringer Bedeutung. Ganz anders sieht dies seit kurzem Rudi Vouk, stellvertretender Obmann des Rats der Slowenen und „rotes Tuch“ für alle, die Ruhe als erste Bürgerpflicht für Vertreter der slowenischen Volksgruppe erachten. Nach Meinung Vouks reicht die „Macht“ der Konsensgruppe inzwischen sogar bis zu den Höchstgerichten, auf die sich der polarisierende Anwalt bisher gerne berufen hat. Der Einfluss der – um Ausgleich in der Ortstafelfrage bemühten – Gruppierung habe letztendlich zur Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs geführt, dass in St. Kanzian Slowenisch als zweite Amtssprache nicht notwendig sei, gibt sich Vouk überzeugt.

Was uns die unterschiedlichen Sichtweisen sagen? Sie zeigen, wie schwer es ist, den Weg der Mitte zu gehen. Jene, die absolut nichts verändern möchten, wollen ihn nicht. Die anderen, die nach dem Motto „Alles oder nichts!“ agieren, auch nicht. In die Zukunft führt er trotzdem.

Sie erreichen den Autor unter
aufwecker@kleinezeitung.at

Kontroversielle Diskussion über Konsensgruppe:

Es gibt keine Sachargumente gegen Verständigung



Petritsch, Burchhart, Vospernik und Stritzl (v. l.).

Konsensgruppe leistet wichtigen Beitrag zu Frieden, Verständigung und Versöhnung

Einleitend zitierte Heinz Stritzl aus der „Feierlichen Erklärung“ vom 9. Oktober 2006 und brachte sodann einen kurzen Überblick über Leistungen und Erfolge der Kärntner Konsensgruppe. Diese seien inzwischen in zahlreichen Solidaritätsbekundungen von Organisationen mit unterschiedlicher Aufgabenstellung gewürdigt worden.

„Das beste was Kärnten seit Jahrzehnten passiert ist“

Valentin Petritsch erinnerte als stellvertretender Vorsitzender des Europahauses Klagenfurt an das unmittelbar nach der für Österreich siegreich gewesenen Kärntner Volksabstimmung abgegebene Bekenntnis des Kärntner Heimatdienstes zur Versöhnung mit dem Gegner.

Unter Hinweis darauf, dass es heute keine territoriale Bedrohung Kärntens mehr gibt, sei ein weiterer Abbau der Emotionen durch den Dialogprozess erfolversprechend. Schlusssage: „Die Konsensgruppe ist das Beste, was Kärnten seit Jahrzehnten passiert ist.“

Burchhart: „Noch viele ungelöste Probleme“

Als Vorstandsmitglied des „Verband Freiheitlicher Akademiker Kärnten“ nahm Bruno

Über Einladung der „Plattform Kärnten“ fand am 19. November in Klagenfurt im vollbesetzten Saal des Stadthauses eine phasenweise hitzig geführte Diskussion über Sinn und Zweck der Kärntner Konsensgruppe statt. Den Befürwortern am Podium, Dkfm. Mag. Valentin Petritsch und HR Dr. Reginald Vospernik, stand Dr. Bruno Burchhart als Kritiker gegenüber. Als umsichtiger Diskussionsleiter fungierte der Sprecher der Plattform Kärnten und Mitglied der Konsensgruppe, Chefredakteur a. D. Heinz Stritzl.

Burchhart eine distanzierte Haltung zur Kärntner Konsensgruppe ein.

Er sei zwar grundsätzlich nicht gegen Dialog, glaube jedoch, dass die Konsensgruppe angesichts noch vieler ungelöster Problembeereiche zwischen Deutsch- und Slowenisch-kärntnern noch nicht besonders erfolgreich gewesen sei. Auch seien die vertrauensbildenden Maßnahmen „noch nicht angegangen worden“. Dem widersprach KHD-Obmann Josef Feldner als Diskussionsteilnehmer heftig und rief alle Kärntnerinnen und Kärntner auf, vertrauensbildende Maßnahmen zu setzen.

„Auch ich stand der Konsensgruppe ursprünglich skeptisch gegenüber“

Reginald Vospernik, ehemaliger Vorsitzender der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen, wies in seinem Statement auf seine ursprüngliche Skepsis gegenüber der Konsensgruppe hin, die jedoch allmählich einer klaren Zustimmung gewichen sei.

Ein wichtiger Erfolg der Konsensgruppe sei schon allein die Tatsache, dass deren Arbeit nun in Kärnten in aller Munde ist.

Begrüßenswert sei auch die Balance, die sich die Konsensgruppe zwischen den rechtlichen Möglichkeiten zum Ziel gesetzt habe.

In der anschließenden Publikumsdiskussion prallten unterschiedliche Ansichten oft hart aneinander, was auf eine noch lange nicht zur Gänze aufgearbeitete Geschichte schließen lässt. Dennoch war auch diese Informationsveranstaltung ein wichtiger Beitrag zur Weiterentwicklung des Dialogs in Kärnten.

Hohe Auszeichnung an Heinz Stritzl

Beim diesjährigen Jahresempfang des Militärkommandos Kärnten wurde Chefredakteur a. D. Heinz Stritzl, für sein Lebenswerk vom Militärkommandanten Gunther Spath als „Wehrpolitischer Kärntner 2009“ geehrt. Wir gratulieren herzlich!

Bundespräsident Heinz Fischer würdigt die Arbeit der Kärntner Konsensgruppe

Beim Volksgruppenkongress Anfang November in Klagenfurt würdigte Bundespräsident Heinz Fischer in seiner Grußadresse die Bemühungen der Kärntner Konsensgruppe um bessere gegenseitige Verständigung. Konkret hob der Bundespräsident das Buch „Kärnten neu denken“ und die beiden Autoren Josef Feldner und Marjan Sturm hervor. Er habe für dieses Buch gerne ein Vorwort geschrieben und er freue sich, dass die Konsensgruppe am 2. Dezember in Wien mit dem Österreichischen Verfassungspreis ausgezeichnet werde.



Bei einem Treffen in Tainach ließ sich der Bundespräsident über die Arbeit der Konsensgruppe informieren.

Bitte um Ihre SPENDE

Schon mit einem einmaligen Beitrag sichern Sie sich den Weiterbezug unserer Zeitung und dokumentieren die Zustimmung zu unserer Arbeit

2008 erhielt der Kärntner Heimatdienst nur insgesamt 8.000 Euro an staatlichen Subventionen. Das ist auch bei weitgehend ehrenamtlicher Bewältigung seiner kostenaufwendigen Informationsarbeit nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

Die notwendige, von Zehntausenden Sympathisanten seit mehr als einem halben Jahrhundert sehr geschätzte überparteiliche Informationsarbeit, insbesondere die zweifellos im Interesse des Landes Kärnten liegende und mit dem Kulturpreis der Stadt Villach erstmals in Kärnten, mit dem Österreichischen Verfassungspreis österreichweit, und mit dem Europäischen Bürgerpreis auch international gewürdigte Friedens- und Verständigungsarbeit des KHD muss daher nahezu zur Gänze aus Spenden und sonstigen privaten Zuwendungen aus dem Kreis unserer Förderer gedeckt werden.

Zur Deckung ständig steigender Kosten müssen wir bereits auf Rücklagen zurückgreifen!

Obwohl wir keine Autorenhonorare zahlen, können wir seit dem Tod einiger großzügiger Spender die Finanzierung unserer Zeitungen „DER KÄRNTNER“ (trotz Reduzierung der adressierte Auflage auf rund 20.000) und „KHD-INTERN“ (Auflage 10.000) mit den laufenden Spenden nicht mehr abdecken.

Wir sind daher seit einigen Jahren gezwungen, auf Rücklagen aus einer uns vor Jahren zugeflossenen Erbschaft zurückzugreifen, was verständlicherweise jedoch auf Dauer nicht möglich sein kann.

Dennoch wollen wir im Interesse einer möglichst großen Reichweite auch in Zukunft kein festes Zeitungsentgelt einheben und möchten am Prinzip der Freiwilligkeit hinsichtlich Spenden festhalten.



DAS PATRIOTISCHE SIGNAL AUS KÄRNTEN

Mitteilungsblatt des Kärntner Heimatdienstes
Österreichische Post-AG Nr. 87 – Oktober 2009 GZ09/2009/19 S
Sponsoring Post Verlagspostamt 9020 Klagenfurt

Hubert Patterer
Die Brückenbauer

Die Aufsehen erregende Laudatio für die mit dem Kulturpreis der Stadt Villach ausgezeichnete Kärntner Konsensgruppe als Zeitdokument.



Seiten 4 bis 8

Kärnten neu gedacht



Mit einer Kranzniederlegung gedachte der Kärntner Heimatdienst am Kärntner Landesfeiertag, dem „Tag der gemeinsamen Heimat Kärnten“, in Dankbarkeit der Erhaltung der Kärntner Landeseinheit im Verbund mit Österreich. An der schlichten Feier im kleinen Kreis an der „Stätte der Kärntner Einheit“ nahm auch der Sprecher der „Plattform Kärnten“, Heinz Stritzl teil.

Botschaft zum 10. Oktober 2009

Wir pflegen die Tradition und halten die Erinnerung an Kärntens Freiheitskampf und die für Österreich siegreiche Kärntner Volksabstimmung 1920 wach, ohne Ressentiments, ohne Abrechnung mit dem ehemaligen Gegner. Denn: Wir sind nicht nur der Vergangenheit, wir sind vor allem der Zukunft verpflichtet. Und die kann nur eine friedliche, eine gemeinsame sein. Auf Basis eines gefestigten kulturellen Selbstbewusstseins wollen wir den Dialog mit unseren slowenischen Mitbürgern weiter ausbauen und alle künftigen Auffassungsunterschiede schon im Vorfeld der Politik im Konsenswege zu bereinigen versuchen. Wir haben Kärnten in der vorliegenden Oktober-Ausgabe unserer Zeitung in den Mittelpunkt gestellt, Kärnten wie es sein soll, ein Land mit friedliebenden Menschen, traditionsbewusst, Heimat liebend und dennoch weltoffen und tolerant gegenüber dem „Anderen“.

Das soll künftig Heimat-Dienst an der gemeinsamen Gestaltung unserer Zukunft sein!

Dr. Josef Feldner

AUFRUF zur UNTERSTÜTZUNG

Wir bitten alle, auch jene, die noch abseits stehen, uns auf dem Weg in eine friedliche und gemeinsame Zukunft zu begleiten. Erklären Sie sich solidarisch! Unterschreiben Sie mit Ihrer Familie und Freunden die beiliegende UNTERSTÜTZUNGSKLÄRUNG!

Nur: Wir können nun leider jene Bezieher, die noch nie einen Druckkostenbeitrag überwiesen haben, nicht mehr gratis beliefern und müssen diese aus Kostengründen mit Ablauf dieses Jahres aus unserer Bezieherliste streichen.

Es liegt in Ihrem freien Ermessen, welchen Betrag Sie uns spenden.

Jeder Euro zählt!

Und denken Sie bitte daran: Unser Ziel ist nicht nur, unsere überparteiliche Arbeit für Kärnten und Österreich im bisherigen Umfang zu sichern, sondern mit Ihrer Hilfe weiter auszubauen.

Vielen Dank allen unseren FÖRDERERN

die oft schon seit vielen Jahren mit der laufenden Überweisung von auch höheren Beträgen unsere Arbeit ermöglicht haben.
Diesen Dank verbinden wir mit der BITTE, uns auch weiterhin zu helfen.

2010: Informations- und Vertrauens-kampagne des KHD in ganz Südkärnten

Im gemischtsprachigen Gebiet herrscht großes Informationsdefizit. Kaum jemand weiß, worum es in der strittigen Ortstafelfrage wirklich geht. Hier ist der Heimatdienst gefordert, verstärkt in den Südkärntner Dörfern aufklärend und vertrauensbildend zu wirken.

Die Parteien haben auf Sachinformation verzichtet

Statt Sachinformation zu leisten, warnt die stärkste Partei des Landes vor „Hundertern“ weiteren zweisprachigen Ortstafeln und betreibt gemeinsam mit der sogenannten „Partnerschaft Unser Kärnten“ Panikmache mit „Slowenisch-Kärnten“.

Verschwiegen wird, dass zusätzlich zu den 91 seit 1977 verordneten zweisprachigen Ortsbezeichnungen – die übrigens heute keinen

Menschen mehr stören – nur 50 bis 75 zweisprachige Ortsbezeichnungen in vorwiegend kleinen Orten ernsthaft zur Diskussion stehen. 95% aller insgesamt fast 2.500 Orte in Kärnten bleiben rein deutsch beschildert. Wo droht da „Slowenisch-Kärnten“?

Auch wenn es nicht Aufgabe des KHD ist, für weitere zweisprachige Ortsbezeichnungen auf die Barrikaden zu steigen, so ist es sehr wohl seine Aufgabe gegen Panikmache und damit gegen die Verunsicherung der betroffenen Menschen aufzutreten.

Neben Sachaufklärung ist auch Vertrauensoffensive notwendig

Im kommenden Jahr startet der KHD eine Großoffensive – auch gemeinsam mit den slowenischen Mitgliedern der Konsensgruppe – gegen Informationsdefizit und Panikmache in allen Südkärntner Gemeinden. Dabei wird der KHD auch vertrauensbildend wirken und den Menschen den Weg der Verständigung, ohne nationale Selbstaufgabe, als den einzigen Zukunftsweg näher bringen.

Parallel dazu sollen die Menschen offen alle Probleme aufzeigen, die sich aus dem Zusammenleben der Deutsch- und Slowenisch-kärntner ergeben.



Von DI Christian Kogler
KHD-Vorstands-
mitglied

Zu neuer Stärke

Auch wenn der KHD heute in vielen Bereichen anders agiert als früher, ist er KHD seiner ursprünglichen Aufgabe, die Menschen im Land zu einen, treu geblieben.

Die Bedrohung durch den südlichen Nachbarn gibt es nicht mehr und die heutigen Herausforderungen sind anders als noch gestern. Heute kommt es darauf an, wie können wir etwas im eigenen Land bewegen, was uns auch über die Landesgrenzen hinweg Anerkennung schafft. Die Verständigungsarbeit unseres Obmannes Josef Feldner innerhalb der Konsensgruppe bringt uns hohes Ansehen und haben den KHD zu neuer Stärke verholfen und für die Zukunft fit gemacht. Naturgemäß haben junge Menschen eine andere Lebenserfahrung, andere Werte und Ideen.

Aber auch diese haben im KHD von heute ihren festen Platz.

Dazu trägt auch ein offenes Ohr für sportliche Aktivitäten der Jugend bei. Nur ein Beispiel:

Die Unterstützung des „Internationalen Kunstturnens“, bei denen junge Menschen aus vielen Nationen in freundschaftlichem Wettkampf ihre Leistungen messen, ist auch ein Dienst an der Heimat. Gerne erinnern wir uns an die Jugendzeit und an jene Institutionen,

die uns unterstützt haben und für die wir auch heute bereit sind, uns einzubringen.

So kann und wird es auch beim KHD sein, wenn wir frei von den politischen Befindlichkeiten beharrlich und unbeirrt auf dem heutigen Weg weiterschreiten.

*Allen Gönnern, Aktivisten,
Mitgliedern und Sympathisanten
ein frohes Weihnachtsfest
und ein gesundes und erfolgreiches
Jahr 2010!*



*Obmann Dr. Josef Feldner
im Namen des
Kärntner Heimatdienstes*

www.khd.at ist einen täglichen Besuch wert

HEIMATDIENST im INTERNET

Überzeugen Sie sich selbst: Auf unserer weltweit abrufbaren Homepage bieten wir unter www.khd.at umfassende, mehrmals wöchentlich aktualisierte Informationen. Nach einem Besuch sind sie immer am Laufenden.

Das und noch mehr finden Sie auf unserer Seite:

- Pressemitteilungen und Pressemeldungen stets vollinhaltlich zum Durchlesen und Herunterladen
- Unsere Zeitung „DER KÄRNTNER“ zum Nachlesen
- Viele interessante Details und Bilder über unsere Veranstaltungen
- Überblick über die Geschichte Kärntens, die Vereinsgeschichte des KHD und Kurzfassung über unsere Grundprinzipien und Ziele
- Mit einem Klick den KHD unterstützen!
- In unserem Internet-Shop Bücher und DVD kaufen!

Haben Sie selbst noch kein Internet? Dann geben Sie bitte unsere Internetadresse www.khd.at auch an Ihre Kinder, Enkelkinder und Freunde weiter und lassen sie sich von ihnen laufend informieren!